

Vorwort

Im Jahrbuch Sucht stellt die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) jährlich Daten, Zahlen und Fakten zu den Suchtstoffen, den Erscheinungsformen von Sucht, deren gesundheitlichen und sozialen Folgelasten, aber auch den Leistungen der Suchtkrankenhilfe in Deutschland in bestmöglicher Qualität zur Verfügung. Allen Autorinnen und Autoren danken wir für ihre Recherchen, Aufbereitungen und kritischen Darstellungen.

Die diesjährigen Sonderthemen befassen sich mit zwei besonders relevanten gesellschaftlichen Auswirkungen von Suchterkrankungen, nämlich „Sucht und Depression (am Beispiel Alkoholkonsumstörungen)“, also das Zusammenwirken zweier „Volkskrankheiten“ und „Die volkswirtschaftlichen Kosten von Alkohol- und Tabakkonsum in Deutschland“, also, was wir uns die beiden Hauptdrogen kosten lassen.

Wir rufen uns die Wechselwirkung von Sucht und Gesellschaft in Erinnerung: Gesellschaft schafft/verändert Sucht (These 1) und Sucht verändert – nachhaltig – Gesellschaft (These 2). Individuen als Symptomträger oder gar als Delinquenten „behandeln“ oder gar kriminalisieren und die Folgelasten beklagen lenkt von der gesellschaftlichen Verantwortung ab und legt den Betroffenen schwere Bürden auf bis zum Ausschluss aus der Gemeinschaft durch „stigmatisierendes“ Vorgehen. Dem gilt es entgegenzutreten. Dazu gibt es gute Argumente:

Zu These 1: Gesellschaft ermöglicht und fördert Sucht.

Zunehmend komplexere Gesellschaften stellen zunehmend „passgenaue“ Suchtmittel in zunehmender Menge zur Verfügung: die in der Natur verfügbaren Suchtmittel, an die wir im Laufe der Evolution biologisch angepasst sind und die letztlich körperliche und seelische Überlebenssysteme unterstützen, sind im Hinblick auf Morbidität und Letalität unbedeutend. Erst die durch soziokulturelle Fortschritte ermöglichte Produktion, Distribution und Verfügbarkeit von legalen und illegalen Suchtmitteln im Einklang mit sozial vereinbarten (unzureichenden) Steuerungsmitteln wie Preisgestaltung, Besteuerung, Werbung, Qualitätsanforderungen (z. B. Reinheitsgebot), Gesetzgebung (Jugendschutz, Legalität etc.) schafft eine pathogenetische Ausgangslage. Ferner stellt jede Gesellschaft spezifische soziale Bedingungen und Vereinbarungen für den Umgang mit der Überproduktion zur Verfügung: dazu gehören die sozioökonomischen Verhältnisse (z. B. der Gradient zwi-

schen Armut und Reichtum), die individuellen Einkommensmöglichkeiten, die Arbeitsumgebung (Gestaltungsspielraum etc.), alles Faktoren, die in die Entstehung von Suchtkrankheiten auf der individuellen Ebene hineinwirken. Und gesellschaftlich vermittelt sind kulturelle Überzeugungen wie die grundsätzliche Haltung und Einstellung zu Suchtmitteln: z. B. ob Tabuisierung, Repression, Permissiv- oder Abstinenzkultur vorherrscht. Auch die Haltung und Einstellung zu Konsumenten/Erkrankten beruht auf einem gesellschaftlichen Konsens: Möglichkeiten des Umgangs sind Moralisieren (Schuldzuweisung, Verursachungsprinzip, Diskriminierung) oder Teilhabe ermöglichen oder versagen. Auch Ritualisierungen und das Angebot von Alternativen sind hier zu nennen.

Zu These 2: Sucht als „Zivilisationskrankheit“ verändert die Gesellschaft.

Dazu zählen vorrangig die volkswirtschaftlichen Auswirkungen („Schäden“) durch Krankheitslasten (Morbidity, Mortality), Produktionsausfälle (Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsminderung, Erwerbsunfähigkeit), familienbezogene Schäden (vernachlässigte Kinder, Partner, und andere emotionale Lasten), Unfälle in Betrieben und im (Straßen-)Verkehr, Belastung mit Kriminalität: damit befasst sich eine der Übersichtsarbeiten des Jahrbuchs. Nicht zu vergessen sind die zur Prophylaxe, Abhilfe und Minderung der Schäden bereitgestellten Hilfen, die ebenfalls hohe Kosten verursachen: Dazu gehören die Vorhaltung eines Hilfesystems, die Behandlungs- und Rehabilitationskosten, die Bereitstellung fachlicher Kompetenzen (Multiprofessionalität bio-psycho-sozial), die Aus- und Fortbildung der Fachkräfte und insbesondere die Aufklärung der Bevölkerung.

Aus diesen Überlegungen resultiert eine besondere Verantwortung der Gesellschaft ihren erkrankten Mitgliedern gegenüber: Es muss vorrangig um Veränderungen der Verhältnisse in der Gesellschaft gehen und sekundär um Hilfestellungen für das Verhalten Einzelner. Sucht müsste zusammenfassend künftig – wie Umweltschutz – ein eigenständiges politisches Handlungsfeld sein – und nicht im Rahmen anderer Handlungsfelder „mitbehandelt“ werden.

Sie, verehrte Leserinnen und Leser, wollen wir nun ermuntern, Fakten und Daten zu checken, wir wollen Sie ermutigen, einen kritischen Blick für die Muster dreister Lügen zu bekommen und gezielten Desinformationen und „fake news“ zu widerstehen und dabei ein bisschen Spaß zu haben. Dafür danken wir Ihnen.

Hamm, im Februar 2020

Dr. Heribert Fleischmann
Vorsitzender der DHS